

Resolution 13: Unia

Nein zu den Angriffen auf den Gesundheitsschutz im Arbeitsgesetz!

Aktuell laufen mehrere, massive Angriffe auf den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsgesetz. Dabei ist das Arbeitsgesetz das zentrale Gesetz, welches die Arbeitszeiten und den Schutz der Gesundheit regelt. Die geplanten Verschlechterungen stellen eine grosse Gefahr für die Gesundheit der Beschäftigten dar. Denn lange Arbeitszeiten und verkürzte Ruhephasen sind ein direkter Risikofaktor für Burnout, Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Depressionen. Mit 42 Arbeitsstunden pro Woche arbeiten Vollzeit-Arbeitnehmende in der Schweiz am längsten in ganz Europa. Es reicht: Wir wollen Arbeit grundlegend neu denken, um stärker selbst über unsere Zeit verfügen zu können. Wir wollen mehr Zeit zum Leben!

Gefährliche Aushöhlung des Arbeitsgesetzes

Der Nationalrat hat in der Herbstsession eine Revision des Arbeitsgesetzes beschlossen, die potenziell Millionen Arbeitnehmende betrifft und deren Arbeits- und Familienalltag massiv verschlechtert würde. Arbeitnehmende sollen künftig an bis zu neun Sonntagen pro Jahr fünf Stunden ohne Bewilligungspflicht arbeiten müssen – und zwar auf Anordnung des Arbeitgebers, ohne Lohnzuschlag. Zudem soll die Tages- und Abendarbeit auf bis zu 17 Stunden ausgedehnt und die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit auf lediglich neun Stunden verkürzt werden können – mit der Möglichkeit, diese zu unterbrechen. Alles, was es braucht, um von dieser massiven Deregulierung betroffen zu sein, sind ein bisschen Gleitzeit und einen minimalen Teil der Arbeit ausserhalb des Betriebs leisten zu können (sogenannte «Tearbeit»). Die Arbeitgeber werden praktisch dazu aufgefordert, dies einzuführen, da ihnen dadurch die Arbeitnehmenden zwischen 6 und 23 Uhr zur Verfügung stehen und sie sie auch noch am Sonntag arbeiten lassen können – ohne Zuschläge. Problematisch ist auch das vorgeschlagene Modell für Tearbeit: Beschäftigte riskieren, dauerhaft von ihren Arbeitsplätzen verdrängt zu werden, ohne Anspruch auf Rückkehr. Millionen Beschäftigte könnten so in die Falle von Arbeitsmodellen geraten, in denen die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit völlig verschwimmt. Die Vorlage strotzt vor schwammigen Begriffen und macht eine wirkungsvolle Kontrolle praktisch unmöglich. Unter dem Deckmantel der „Flexibilisierung“ wird in Wahrheit der Schutz der Beschäftigten geschwächt.

Auf Initiative des Kantons Zürich arbeitet das Bundesparlament zusätzlich an einem Gesetzesentwurf, der die bislang erlaubten 4 bewilligungsfreien Sonntagsverkäufe auf 12 ausweiten will. Dies, obwohl der Alltag im Verkauf bereits heute geprägt ist von hohem Druck und unregelmässigen Arbeitszeiten. Die Initiative gefährdet die Gesundheit und das Sozialleben von Verkaufspersonal sowie Angestellten in Reinigung, Logistik und Sicherheit.

Die beiden Vorlagen stellen eine Gefahr für die Gesundheit der Beschäftigten dar. Es drohen längere Arbeitstage, weniger Ruhe, mehr Druck, ständige Verfügbarkeit und eine weitere Aufweichung des arbeitsfreien Sonntags. Dabei hat sich die psychische Gesundheit der Beschäftigten in den letzten Jahren bereits stark verschlechtert. Stress und emotionale Erschöpfung, und somit das Burnout-Risiko, haben stark zugenommen. Frauen sind besonders betroffen, da sie einem höheren Risiko für emotionale Erschöpfung und Burnout ausgesetzt sind als Männer.

Klare gewerkschaftliche Forderungen an das Parlament

Diese Angriffe müssen gestoppt werden. Wir fordern deshalb:

- Klare Begrenzung der täglichen Arbeitszeit – keine Verlängerung auf 17 Stunden.

- Garantierte Ruhezeit von mindestens elf Stunden ohne Ausnahmen.
- Keine Aufweichung des Sonntagsarbeitsverbots.
- Kein Konstrukt, das Beschäftigte dauerhaft ins Homeoffice zwingt.
- Stärkung statt Schwächung des Gesundheitsschutzes und der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit.
- Eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnsenkung, für mehr Gleichstellung und für eine gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.

Die geplanten Revisionen des Arbeitsgesetzes sind ein Frontalangriff auf elementare Errungenschaften des Arbeitnehmer:innenschutzes. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen diese massiven Angriffe auf den Gesundheitsschutz und die Rechte der Arbeitnehmenden wehren, wenn nötig auch mit einem Referendum.